

## **DAS ABSTIMMUNGSERGEBNIS BEI SIEMENS IN NORTH EAST, MARYLAND, ÜBERRASCHT USW NICHT**

(Pittsburgh) -- Bei der Abstimmung, die heute vom National Labor Relations Board (NLRB) im Siemenswerk in North East, Maryland, USA, durchgeführt wurde, haben 15 Mitarbeiter für die Gewerkschaft United Steelworkers (USW) gestimmt, 24 haben sich gegen eine gewerkschaftliche Vertretung entschieden. Zwei Mitarbeiter haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

„Dieses Ergebnis ist in Anbetracht der von Siemens durchgeführten brutalen Anti-Gewerkschaftskampagne und der Anti-Gewerkschaftsberater, die die Firma in den letzten sechs Wochen engagiert hatte, keine Überraschung“, sagte Phil Ornot, der USW-Organisator. „Die Manager und Berater von Siemens haben täglich obligatorische Mitarbeiterversammlungen abgehalten, auf denen den Arbeitern gesagt wurde, dass ein Gewerkschaftsbeitritt sinnlos wäre und dass der Firma Kunden verloren gingen, wenn die Gewerkschaft bei der Abstimmung siegen würde.“

Die Firma hat Informationsmaterial der Gewerkschaft entfernt, Arbeitern verboten, über die Gewerkschaft zu sprechen, Befürworter der Gewerkschaft überwacht, Lohnsteigerungen verweigert, eine Unterschriftensammlung gegen die Gewerkschaft herumgehen lassen und Siemensmitarbeitern der örtlichen USW-Vertretung den Zutritt zum Werk verboten. Mit dieser Kampagne, die der Aufrechterhaltung einer diktatorischen Kontrolle über seine Arbeiter dient, hat Siemens ein Klima der Angst und Einschüchterung am Arbeitsplatz erzeugt.“

Alle diese Maßnahmen von Siemens verletzen das US-amerikanische Arbeitsrecht und die USW wird das Gerichtsverfahren beim NLRB weiter führen, damit das Unternehmen für sein rechtswidriges Verhalten zur Rechenschaft gezogen wird. Dadurch könnte das Ergebnis der heutigen Abstimmung aufgehoben werden und innerhalb der nächsten Monate eine erneute Abstimmung stattfinden.

Die Maßnahmen von Siemens verletzen außerdem das am 25. Juli unterzeichnete internationale Rahmenabkommen (International Framework Agreement, IFA) zwischen dem Unternehmen, dem internationalen Industriegewerkschaftsverband IndustriALL Global Union, dem Siemens-Gesamtbetriebsrat und der deutschen Metallarbeiter-Gewerkschaft IG Metall. In diesem Abkommen hat das Unternehmen sich verpflichtet, das Recht auf Zusammenschluss zu respektieren, sich bei Arbeitskonflikten konstruktiv zu verhalten und internationale Standards einzuhalten.

Mit seinen Bemühungen, eine kleine Gruppe von Mitarbeitern in Maryland, die nur Respekt und Mitbestimmung am Arbeitsplatz wollen, einzuschüchtern und zu terrorisieren, hat Siemens seinem internationalen Ruf Schaden zugefügt und sich die Ablehnung der gesamten internationalen Gewerkschaftsbewegung zugezogen.

United Steelworkers dankt seinen Verbündeten auf der ganzen Welt, insbesondere UNITE in Großbritannien, der IG Metall, dem Central Works Council, IndustriALL und LabourStart, für ihre Solidarität mit den Arbeitern in North East.

„Wir gehen nun in die nächste Phase dieses Kampfes“, sagte Ornot. Dazu gehört eine Ausweitung der internationalen Kampagne mit dem Ziel, das unerhörte Verhalten des Siemens-Managements auf allen Ebenen aufzudecken. Wir bitten alle, die den Arbeitern in North East bisher geholfen haben, dies auch weiter zu tun, um Siemens für seine Schikanen zur Verantwortung zu ziehen.

Die USW vertritt etwa 850.000 Arbeitnehmer in den USA, Kanada und der Karibik in den verschiedensten Industriebranchen, von der Glasherstellung über Bergbau, Papier, Stahl, Reifen und Gummi bis zum öffentlichen Bereich, Dienstleistungen und der Gesundheitsfürsorge.